

Verwirrung im Abgeordnetenhaus.

Die Thätigkeit des Abgeordnetenhauses hat in der vorigen Woche ein merkwürdiges Schauspiel dargeboten.

Nach der Beendigung der eiteln Verhandlungen über den sogenannten »Allgemeinen Bericht« zum Staatshaushalt ist das Haus endlich an seine eigentliche Arbeit gegangen, an die Verathung der von der Regierung eingebrachten wichtigen Vorlagen, und zwar zuvörderst an die Eisenbahn- und Bank-Angelegenheiten.

Bei diesen Fragen aber, bei welchen es sich nicht mehr, wie bei dem General-Bericht, um hochtönende Worte und weit ausschende Pläne, sondern um sehr bestimmte und nahe liegende Fragen des unmittelbaren Landeswohls handelte, trat in der scheinbar so festen und einmüthigen Mehrheit des Hauses eine solche Unsicherheit, ein solcher Zwiespalt und schließlich eine solche Zerfahrenheit ein, daß bei den Abstimmungen und Entscheidungen gar nicht mehr ein bewußter Wille, sondern der bloße Zufall den Ausschlag zu geben schien. Die sonst so stolze Mehrheit gab ein Bild kläglicher Zerfahrenheit und Rathlosigkeit.

Die Verwirrung ist wohl vor Allen dadurch entstanden, daß die öffentliche Meinung sich immer lauter gegen das bloß verneinende Wesen und Treiben aussprach, in welches die Fortschrittspartei die Landesvertretung zu drängen suchte. Von dem Augenblicke an, wo es bekannt geworden war, daß von jener Seite alle Vorschläge der Regierung, auch zu den nützlichsten Anlagen und Unternehmungen für das Land, vereitelt werden sollten, erhob sich die öffentliche Stimme in den Zeitungen immer bestimmter gegen ein solches Vorhaben, und diesmal war es eben nicht eine vom Parteitreiben künstlich gemachte öffentliche Meinung, sondern die wirkliche Stimme des Publikums, das sich von den Banden des Parteiwesens freimachte. In den Zeitungen selber, welche sonst zumeist mit der Mehrheit des Abgeordnetenhauses übereinstimmten, wurde der Widerspruch gegen dessen bedenkliche Wege täglich entschiedener. Es war so weit, daß zum Beispiel von sämtlichen großen und kleinen Zeitungen Berlins (etwa 14 an der Zahl) nur noch drei (die »National-Zeitung«, die »Volks-Zeitung« und die »Reform«) auf Seiten des Abgeordnetenhauses standen, während alle übrigen das Verhalten desselben mehr oder weniger scharf verurtheilten.

Diese Wahrnehmung machte natürlich einen Theil der Abgeordneten stutzig. Die vermeintliche Macht der jetzigen Mehrheit soll ja vor Allen in der angeblichen Zustimmung der scheinbaren Mehrheit des Volkes beruhen: wie hätten da nicht Viele ängstlich werden sollen, wenn die Mehrheit offenbar an ihnen irre wurde?

Dazu kam aber noch eine zweite ebenso bedeutsame Wahrnehmung und Erfahrung, welche die Abgeordneten machen mußten: es wurde ihnen täglich klarer, daß die Hoffnung, durch ihr Verhalten die Ruhe, Festigkeit und Kraft der Regierung zu erschüttern, völlig eitel war, daß im Gegentheil die Regierung im Bewußtsein ernster Pflichterfüllung für das Wohl des Landes und gestützt auf erfreuliche Erfolge nach außen und nach innen ihren klaren und zuversichtlichen Gang, unbeirrt durch das Parteiwesen, vorwärts zu gehen entschlossen ist. Wenn hierüber irgend ein Zweifel möglich gewesen wäre, so hatte doch das feste, sichere und selbstbewußte Auftreten der Regierung bei den Verhandlungen über den Generalbericht vollends Klarheit und Gewißheit über die Stellung der Regierung gegeben.

So trug denn die Haltung der Regierung ebenso wie die Haltung der öffentlichen Meinung dazu bei, allen Besonnenen unter den Abgeordneten die Nichtigkeit der schon beim Beginn dieser Session ausgesprochenen Mahnung und Warnung ans Herz zu legen, daß, wenn das Abgeordnetenhaus, gegenüber den offenbaren Bedürfnissen des Landes eine bloß verneinende Haltung annehmen und die Regierung an jeder That und Wirksamkeit für das öffentliche Wohl hindern wollte, dies noch viel entschiedener zu einer Minderung des parlamentarischen Ansehens ausschlagen würde, als es bereits durch Herbeiführung des budgetlosen Zustandes geschehen war, und daß die Regierung ihrerseits etwaigen neuen Versuchen parlamentarischer Vergewaltigung gegenüber ebenso wenig, wie in früheren Fällen, auch nur das Mindeste von den verfassungsmäßigen

Rechten der Krone, — der wesentlichsten Grundlage des Gedeihens für Volk und Staat, preisgeben würde.

Diese Ueberzeugung mag in einem Theile der Abgeordneten neben anderen Erwägungen der Besonnenheit dahin gewirkt haben, um sie von der Theilnahme an dem bloß verneinenden und völlig nichtigen Treiben der leidenschaftlicheren Parteigenossen zurückzuhalten.

Von dem Augenblicke aber, wo diese Bedenken der Mäßigung und der Besonnenheit zur Geltung gelangten, trat in der Haltung der Mehrheit eine ebenso große Unklarheit und Zerfahrenheit ein, wie ihr früheres Verhalten, so lange es bloß zu verneinen galt, einmüthig und selbstbewußt erschienen war. Nicht bloß die beiden Bestandtheile (Fractionen) der Mehrheit, die eigentliche Fortschrittspartei und die linke Mittelpartei (Bockum-Volffs) trennten und schieden sich, sondern die Mitglieder einer und derselben Fraction bekämpften sich in ihren Reden und stellten die widersprechendsten Grundsätze (selbst über das Budgetrecht und seine Folgen) auf, ja sogar dieselben Abgeordneten verleugneten von einer zur anderen Abstimmung die Folgerichtigkeit ihres Verhaltens, — so daß schließlich nicht mehr zu erkennen war, inwieweit Ansichten und Ueberzeugungen oder zufällige Eingebungen des Augenblicks den Ausfall der Abstimmung bestimmten.

So geschah es, daß bei der Entscheidung über die Eisenbahnfragen größtentheils, jedoch nicht durchweg, die Eingebungen der Besonnenheit und die Rücksicht auf das Landeswohl die Oberhand über die Gesichtspunkte des Parteiwesens behielten, während bei der Bankfrage schließlich eine solche Verwirrung eintrat, daß das Haus einen Beschluß faßte, welchen es anscheinend gar nicht hatte fassen wollen und durch welchen die überaus vortheilhafte und ersprießliche Absicht der Regierung vereitelt worden ist. Das Abgeordnetenhaus selbst gerieth über seinen eigenen unerwarteten Beschluß sofort in die größte Aufregung, und noch weit größer ist die Aufregung und Erbitterung in der gesammten Handelswelt.

So beklagenswerth aber der Beschluß ist, so wird doch der Verlauf und Ausgang dieser Sache, so wie die Haltung des Hauses in den letzten Wochen überhaupt dazu dienen, die Ueberzeugung aller Einsichtigen im Lande zu befestigen, daß das Wohl Preußens nicht auf den Entscheidungen schwankender und wechselnder Mehrheiten, sondern nur auf der Kraft und Festigkeit und auf der wahrhaft landesväterlichen Fürsorge des königlichen Regiments beruht, und daß die Landesvertretung nur dann eine Zukunft segensreichen Wirkens haben kann, wenn sie ihre Ehre und allen ihren Eifer daran setzt, in aufrichtiger Gemeinschaft mit der Regierung des Königs das Wohl des Landes zu fördern.

(Die Schleswig-Holstein'sche Angelegenheit) soll am 6ten Gegenstand der Besprechung in der deutschen Bundesversammlung sein.

Man darf den bezüglichen Verhandlungen mit der Gewißheit entgegensehen, daß dieselben irgend einen bestimmenden Einfluß auf die weitere Entwicklung der Sache nicht haben werden. Die Erklärungen Preußens, wie sie bereits gegeben sind und in voller Klarheit und Bestimmtheit wiederholt werden dürften, werden darüber einen Zweifel nicht zulassen.

Inzwischen hat der österreichische Minister Graf Mensdorff Gelegenheit genommen, im dortigen Landtage von Neuem zu erklären, einen wie großen Werth Oesterreich im Interesse der Erhaltung des Friedens, dessen das Reich dringend bedürftig sei, auf das Bündniß mit Preußen lege; er hat zugleich die Zuversicht ausgesprochen, daß es der Diplomatie gelingen werde, eine Lösung der Schleswig-Holstein'schen Angelegenheit zu ermöglichen, ohne das Einverständnis mit Preußen zu gefährden, welches trotz aller gegentheiligen Behauptungen die Einmischung des Auslandes in deutsche Angelegenheiten abgehalten habe und auch ferner die Grundlage zu einer größeren